



Presseinformation

Nr. 064/2008

Kiel, Mittwoch, 27. Februar 2007

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Bildungspolitik / Schulgesetz / Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft

Ekkehard Klug: „Schulen in freier Trägerschaft werden von Mittelkürzungen verschont“

In der Landtagsdebatte zu **TOP 2** (FDP-Gesetzentwurf zum Schulgesetz / Schulen in freier Trägerschaft) erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion,

Dr. Ekkehard Klug:

„Mit dem heute in zweiter Lesung anstehenden Gesetzesbeschluss werden die Schulen in freier Träger für dieses Jahr rückwirkend von den Zuschusskürzungen verschont, die zum Jahresbeginn nach der geltenden Rechtslage in Schleswig-Holstein in Kraft getreten sind.“

Die Initiative, die die FDP-Fraktion hierzu in der Dezembertagung des vergangenen Jahres eingebracht hat, wird damit voll inhaltlich aufgegriffen.

Wir freuen uns, dass diese Entscheidung möglich geworden ist: Dies ist ein guter Tag für die betroffenen Schulen, ihre Schüler, Eltern und Lehrer. Sie werden vor Mittelkürzungen bewahrt, die manche der freien Schulen in eine bedrohliche Lage gebracht hätten.

Die Bereitschaft der Regierungsfractionen, im Interesse der nichtstaatlichen Schulen eine Initiative der Opposition aufzunehmen, ist ausdrücklich hervorzuheben. Im üblichen Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition kommt dies recht selten vor; deshalb gebührt der Mehrheit des Hauses Anerkennung dafür, eine sachgerechte Lösung nicht nur deshalb zu verweigern, weil der Vorschlag von einer Oppositionsfraktion stammt.

Zwei der drei Artikel der heute zur Abstimmung stehenden Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses entsprechen unserer Vorlage, der dritte, neue hinzugekommene Artikel regelt die haushaltsrechtliche Umsetzung. Diese Ergänzung ist nötig geworden, weil sich im Zuge der Gesetzesberatung herausgestellt hat, dass eine Deckung aus den bisherigen Haushaltsansätzen nicht möglich ist.

Wegen der Mehrausgaben, die bei den Schulen der dänischen Minderheit angefallen sind, war und ist es nicht möglich, die ursprünglich in Aussicht

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

www.fdp-sh.de

genommene Deckung der Ausgaben, die durch unseren Gesetzesentwurf anfallen, zu verwirklichen.

Der heute - voraussichtlich einstimmig – erfolgende Gesetzesbeschluss verschafft den Schulen in freier Trägerschaft für das Jahr 2008 eine Atempause. Diese Chance muss der Landtag nutzen, im Laufe des Jahres - und im Zuge der nach der Sommerpause anstehenden Beratungen zum Doppelhaushalt 2009/10 - eine für längere Zeit tragfähige Neuregelung zu finden.

Die Schulen in freier Trägerschaft brauchen Planungssicherheit; sie dürfen nicht immer von Jahr zu Jahr unter dem Damoklesschwert immer neuer Einschnitte und Belastungen stehen.

Nach Auffassung der FDP muss die Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft strukturell reformiert werden. Dazu gehört die Einführung einer unbürokratischen Form von Festbeträgen, die sich jeweils nach festgelegten Prozentsätzen an den Kosten vergleichbarer staatlicher Schulen richten, und zwar unter Einbeziehung realistischer Ansätze für Altersvorsorgekosten. Eine Anhebung der Richtgröße auf 85% der Kosten staatlicher Schulen halten wir dabei für angemessen, denn die Finanzhilfe muss - auch nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – auskömmlich sein. Denkbar wäre dabei auch eine stufenweise, zeitlich gestreckte Heraufsetzung dieser Prozentsätze.

Wegen der Wartefrist stellt sich die Finanzierung nichtstaatlicher Schulen insbesondere in der Gründungsphase als sehr schwierig dar. Außer durch Abschaffung der Wartefrist könnte dieses Problem auch Einführung späterer Ausgleichszahlungen für die in der „Wartefrist“ vorenthaltenen Zuschüsse abgemildert werden.

Die Schüler nichtstaatlicher Schulen kosten das Land durchweg weniger Geld als Schüler staatlicher Schulen. Gäbe es die Schulen freier Träger nicht, hätte das Land logischerweise insgesamt höhere Aufwendungen.

Im Übrigen sind Schulen in freier Trägerschaft auch ein Beitrag zur Vielfalt der Schulangebote in unserem Land. Sie schaffen für Schüler und deren Eltern Wahlmöglichkeiten, und dies ist nach Überzeugung der FDP ein Wert an sich.“